



Anträge (Stand 11.06.2025, 12.00 Uhr)

Stadtratssitzung vom Donnerstag, 12. Juni 2025

Ordnungsantrag

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	Mitte	Antrag auf Schluss der Diskussion (Art. 51 GRSS): Bei den Traktanden 14 («Gesellschaftliche Auswirkungen der digitalen Transformation in der Stadt Bern») und 15 («Denkmalschutz und energetisch nachhaltigen Sanierungsbedarf in Einklang bringen») wird auf eine Debatte verzichtet.	Bei beiden Traktanden handelt es sich ausschliesslich um die Behandlung einer Fristverlängerung. Eine thematische Diskussion ist in diesem Zusammenhang nicht erforderlich, da die eigentliche inhaltliche Debatte sinnvollerweise zu einem späteren Zeitpunkt – wenn die entsprechenden Berichte oder Vorlagen vorliegen – geführt werden kann. Die Fristverlängerung ist ein formaler Akt und bedarf keiner vertieften Aussprache. Zum Traktandum 15 liegt zudem ein Antrag der SBK vor, der eine Vorverlegung der Frist beantragt. Wir beantragen, dass die Kommission ihren Antrag kurz begründen kann und anschliessend direkt über die Fristverlängerung abgestimmt wird, ohne weitere Diskussion.
2.	SVP	Antrag auf Diskussion zu einem aktuellen Ereignis (Art. 49 GRSS): Diskussion zu Demonstration und Polizeieinsatz vom 24.05.2025 in Bern.	Die SVP hofft, dass angesichts der Ereignisse vom 6.5.2025 eine Diskussion stattfinden kann. Sie formuliert den Antrag deshalb bewusst offen und verweist zur Begründung vorab auf die nachstehende Medienberichterstattung und die darin aufgeworfenen Fragen. Dabei soll es den Parteien

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
			<p>offen stehen, ebenfalls die sie interessierenden Fragen einzubringen. Dabei wird sicher von anderen Parteien auch die Frage der Verhältnismässigkeit des Polizeieinsatzes und der eingesetzten Mittel thematisiert werden.</p> <p>Die Demonstranten sagen, die Synagoge sei nicht das Ziel gewesen, sondern die US-Botschaft. Aber angesichts der Gewalt misstraut die Jüdische Gemeinde der «Redlichkeit der Absichten».</p> <p>https://www.bernerzeitung.ch/wie-die-palaestina-demo-in-bern-eskalierte-516853342915</p> <p>https://www.bernerzeitung.ch/eskalierte-palaestina-demo-bern-so-reagiert-die-polizei-691040550084</p> <p>https://www.bernerzeitung.ch/bern-palaestina-demonstration-auf-bahnhofplatz-783794497603</p> <p>Die SVP interessiert u.a., wie sich der Gemeinderat und die SUE sowie die Parteien u.a. zu folgenden Fragen stellen.</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Kommunikation und Stellungnahme des Direktors SUE und Gemeinderat zu den Ereignissen vom 24.5.2025? ▪ Politisch strategische Einschätzung des Gemeinderates der Demonstration im Vorfeld und an der Demonstration? ▪ War Schutz der Synagogenbesucher und der US-Botschaft gewährleistet oder waren allenfalls doch zu wenig polizeiliche Mittel vor Ort? ▪ Wäre es allenfalls sinnvoll, die angesichts der Sparmassnahmen verfügte Sparmassnahme hinsichtlich Polizeikräfte wieder rückgängig zu machen, um den Schutz besonders gefährdeter Personengruppen und Objekte sicher zu stellen? Dies, zumal sich angesichts der angespannten Weltlage u.E. eine Zuspitzung ergeben wird? ▪ Andere Konsequenzen für die Zukunft?

Traktandum 3: Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün (PVS): Ersatzwahl (2025.SR.0152)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	Mitte	Als Mitglied nominiert die Fraktion Mitte Nicolas Lutz (Mitte) für die zurückgetretene Sibyl Eigenmann (Mitte).	

Traktandum 4: Kommission für Ressourcen, Wirtschaft, Sicherheit und Umwelt (RWSU): Ersatzwahl (2025.SR.0170)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	Mitte	Als stellvertretendes Mitglied nominiert die Fraktion Mitte Andreas Egli (Mitte) für den zurückgetretenen Nicolas Lutz (Mitte).	

Traktandum 15: Postulat Fraktion GB/JA (Katharina Gallizzi / Franziska Geiser / Mirjam Arn, GB): Denkmalschutz und energetisch nachhaltigen Sanierungsbedarf in Einklang bringen (2023.SR.0123)

Nr.	Antragstellende	Antrag	Begründung
1.	SBK	Die Frist zur Vorlage des Prüfungsberichts wird bis 31. Mai 2026 verlängert.	Die Vorlage ist komplex, eine Fristverlängerung wird deshalb von der SBK grundsätzlich nicht bestritten. Da jedoch der energetische Sanierungsbedarf dringlich ist und damit die Erkenntnisse rechtzeitig in die BO-Revision eingespielen werden können, soll die Frist vorverlegt werden.